

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

## Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/121: 30.06.2011 – 18.08.2012

### Juni 2011

**BRD:** Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>Europa und das deutsche "nationale Interesse"

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.

Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften (EG) mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union (EU) heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen. Ergänzt man Italien um die sogenannte Südschiene oder Peripheriestaaten mit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und die Bundesrepublik um die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder, so besteht das Grundmuster weiter: die Südländer profitieren von den Finanztransfers, die Nordländer bezahlen sie, während Frankreich den politischen Takt vorgibt (u.a. Durchsetzung des Euro, Vorschläge zu einer europäischen Wirtschaftsregierung).

Das ist natürlich eine verkürzte Sicht, aber das Schlaglicht, das damit auf den europäischen Einigungsprozeß geworfen wird, ist so falsch nicht. Die Spannungen und Bruchstellen der EU werden an diesen Grundlinien deutlich. Die Folgen sind eine um sich greifende Europa-Skepsis und Europa-Müdigkeit, ja sogar ein zunehmender Verdruß, der sich seit der Finanzkrise 2007 vor allem - aber nicht nur - aus der Krise des Euro, der gemeinsamen Währung nährt.

Nicht alle Aspekte der Europa-Krise können behandelt werden. Das Hauptgewicht liegt auf den deutschen Befindlichkeiten, Interessen und Handlungsmöglichkeiten, zumal sie im europäischen Kontext großes, manchmal entscheidendes Gewicht haben oder haben könnten. Bezugspunkt ist stets das deutsche "nationale Interesse".

### **I. Das deutsche "nationale Interesse"**

Das nationale Interesse ist in Deutschland zur Bestimmung außenpolitischer Ziele umstritten. International ist der Bezug auf das nationale Interesse eine Selbstverständlichkeit. Das nationale Interesse ist die einzig gängige Münze, die überall zählt, die auf der ganzen Welt anerkannt wird, weil sie verstanden, gewogen, gewertet und eingeordnet werden kann.

In Deutschland ist der Begriff in der Vergangenheit diskreditiert worden, weil er in erster Linie mit Nationalismus und der Durchsetzung nationaler Interessen mittels Gewalt, sprich Militär im Ersten und Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt worden war. Die Definition der nationalen Interessen erfordert aber eine genaue Definition der eigenen Interessen, ihrer Rangordnung und der Mittel für ihre Durchsetzung unter den gegebenen Umständen, d.h. der Interessen der

internationalen Mitspieler. Die Risiken müssen abgewogen, die Möglichkeit gemeinsamen Handelns geprüft und eine entsprechende Strategie und Taktik entwickelt werden.

Das ist das kleine Einmaleins, das jeder Student der internationalen Politik in den USA im 1. Semester durch zu deklinieren lernt. Als Folge der Übertreibungen der beiden Weltkriege und der besonderen Lage der alten Bundesrepublik bis 1990 ist in Deutschland das Denken in diesen Kategorien entwertet, tabuisiert und zum Teil sogar verteufelt worden (vgl. Guntram von Schenck, 8. Mai 1945: Tag der Befreiung?). Bis heute macht sich das als außenpolitische Orientierungslosigkeit der deutschen Außenpolitik bemerkbar, u.a. in der Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 (Le Monde vom 19.03.2011: "mangelnde politische Reife").

## **II. Europaweite Probleme**

Nur cursorisch werden einleitend einige der europaweiten Symptome und Ursachen der Krise skizziert, um das Umfeld, in dem sich die deutsche Europapolitik bewegt, aufzuzeigen

### Symptome der Krise

Die Symptome der Europa-Krise sind unübersehbar. Der Lissabon-Vertrag von 2009 konnte als letzter Meilenstein des Europäischen Einigungswerks nur mit Mühe ratifiziert werden. Zuvor hatten mit Frankreich und den Niederlanden zwei Gründungsmitglieder vertiefende Integrationsschritte, die den Vertrag von Nizza (2001) weiter entwickelten, verweigert. Die innereuropäische Reisefreiheit, die im Schengen-Vertrag geregelt ist, wird durch italienische Regelverstöße und dänische Eigenmächtigkeiten ausgehöhlt. Die Krise des Euro strapaziert die Solidarität innerhalb der Währungsgemeinschaft bis an die Grenze, für einige, die u.a. als "Wahre Finnen" firmieren, über diese Grenzen hinaus.

Das ungute Gefühl bei den europäischen Nettozahlern, über den Tisch gezogen zu werden und für etwas zur Kasse gebeten zu werden, das sie nicht zu vertreten haben, wächst mit jedem Blick in die Zeitungen. Die Euro-Krise als Folge der Schuldenkrise hat alles Zeug, die EU zu sprengen; eine Zerreißprobe ist sie schon seit 2010 und dem ersten Hilfspaket für Griechenland. In der Außenpolitik gehen in der entscheidenden Phase des arabisch-islamischen Aufbruchs Frankreich und Großbritannien auf der einen, Deutschland auf der anderen Seite getrennte Wege: von der angestrebten und verabredeten gemeinsamen Außenpolitik keine Spur.

### Gründe und Ursachen

Die Gründe und Ursachen sind keine Unbekannten. Die Globalisierung trägt Verunsicherung in die Bevölkerung, die sich ihren Zwängen wehrlos ausgesetzt fühlt. Eine zunehmende Fremdbestimmung durch ferne, anonyme Bürokratien in Brüssel oder internationale Organisationen, wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die in die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Staaten eingreifen, löst Ohnmachtsgefühle aus, die oft in Empörung umschlägt. Die europäischen BürgerInnen sehen sich der Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt, die sie in den alten Nationalstaaten hatten (oder zu haben glaubten). Das Demokratiedefizit auf der europäischen Ebene wird nicht zu Unrecht beklagt. Unbehagen bereitet auch der EU-Erweiterungsprozeß, der für viele zu schnell und zu weiträumig war.

Das europäische Projekt hat für viele an Anziehungskraft verloren. Probleme scheinen die Vorteile zu überwiegen. Die Friedenssicherung, die für die Nachkriegsgeneration ein entscheidendes Motiv war, ist für die heutige Generation eine Selbstverständlichkeit: innereuropäische Kriege scheinen ausgeschlossen. Die auf Friedenssicherung nach Innen und Außen bezogene Bindungskraft der EU ist im Schwinden begriffen. Der drohende Zerfall oder das Zerschlagen der Union scheint als Horrorszenario an Bedeutung zu verlieren. Das gilt weniger für die Eliten als für die Masse der europäischen BürgerInnen. Die Distanz zu den politischen Eliten, die fernab in Raumschiffen zu agieren scheinen, vergrößert sich auf der nationalen Ebene, mehr noch auf der europäischen. Die niedrigen Wahlbeteiligungen für das Europaparlament sprechen eine deutliche Sprache.

## Renationalisierung

In europapolitischen Fachkreisen, aber auch in den europäischen Medien wird eine Renationalisierung der Politik der europäischen Staaten diagnostiziert, wobei unklar bleibt, ob sie Ursache oder Folge der Europa-Müdigkeit ist. Auffällig ist, daß diese Diskussion in Deutschland kaum geführt wird. Nationale Egoismen werden in Deutschland zwar bei den europäischen Partnern benannt und auch kritisch gesehen, aber nicht gleichzeitig als allgemeines europäisches Phänomen erkannt.

Die Renaissance der Nationen manifestiert sich bisher eher an den Rändern, von wo sie aber auf die nationalen Handlungsrahmen zunehmend Einfluß gewinnen. Das gilt u.a. für Frankreich, die Niederlande, Finnland, Dänemark, aber auch Ungarn, wo es bereits weit über eine Randerscheinung hinaus gewachsen ist. Welche "nationalistischen Reflexe" es in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und ggf. Italien auf die dort so gesehenen europäischen Zumutungen in der Folge der Schuldenkrise geben wird, bleibt abzuwarten. Daß es sie geben wird, ist aber gewiß.

Ins Bild passen die innerhalb und außerhalb der EU wahrgenommenen wachsenden Schwierigkeiten in der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die nicht nur eine Folge der sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel sind. Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit war bisher konstitutiv für Europa, der deutsch-französische Motor unerläßlich. Es sind massive Interessenunterschiede zwischen Paris und Berlin, die sich mitunter schwer auf einen Nenner bringen oder mit Formelkompromissen überdecken lassen. Küßchen hin, Küßchen her, die Bereitschaft aufeinander zuzugehen nimmt unübersehbar ab.

Am deutlichsten sichtbar wird das mit der Entscheidung der Bundesregierung, sich in der Abstimmung zu Libyen im Sicherheitsrat am 17. März 2011 zu enthalten, während Frankreich mit Großbritannien und den USA dafür stimmten. Deutlicher hätte der deutsch-französische Dissens in einer ganz entscheidenden, zukunftssträchtigen Frage gar nicht sein können. Unübersehbar war, daß Frankreich die deutsch-französische Zusammenarbeit durch eine enge Kooperation mit London ersetzte - trotz der bekannten britischen Vorbehalte gegenüber der heutigen EU.

Gehen Deutschland und Frankreich nicht mehr zusammen, driften sie auseinander oder verfolgen unterschiedliche Interessen, so hat das unmittelbare Folgen für die Europäische Union. Probleme werden nicht mehr gelöst, sie schwären als ungelöste, offene Fragen weiter. Sie belasten die Entscheidung anderer Fragen, die ohne diese Altlasten wahrscheinlich durchaus behebbar wären. Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. Von außen und von innen wird sie dann als das wahrgenommen, was der deutsche Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert über das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sagte: er nannte es ein "monstrum simile", ein handlungsunfähiges Konglomerat unterschiedlichster, verquerer Interessen.

Soweit ist es noch nicht. Aber wenn die Europäische Union keine Probleme mehr lösen kann, wird sie bald als unnütz angesehen werden. Begeisterung wird sie nicht mehr entfachen, ihr werden keine Interessen mehr geopfert, Solidarität kann sie keine einfordern, schon gar nicht finanzieller Art. Ein langer Problemstau kann das europäische Projekt so beschweren und verdunkeln, daß die Europäische Union schließlich als Fessel angesehen wird. Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. Sie sind gescheitert, weil sie zunehmend als Völkergefängnisse wahrgenommen wurden. Vaclav Klaus, der tschechische Präsident begründete seine schwerwiegenden Bedenken gegen den Lissabon-Vertrag nicht zuletzt mit dieser Erfahrung.

### **III. Deutsche Probleme**

#### Deutschland und die Renationalisierung

Die Renationalisierung, d.h. die Betonung und Durchsetzung nationaler Interessen innerhalb der EU wird in Deutschland anders als bei den europäischen Partnern kaum thematisiert. Dabei ist Deutschland Ausgangspunkt dieser Tendenzen. Es ist die Wiedervereinigung 1990, die diese Entwicklung in Gang setzte. Die Partnerländer sahen sich einem übermächtig wirkenden Deutschland konfrontiert, das insbesondere im ökonomischen Bereich seine Interessen unter Einsatz der Ellenbogen verfolgte. Unvergessen sind auch die Bedenken und Widerstände, die unsere Nachbarn (nicht nur Margret Thatcher) der deutschen Wiedervereinigung entgegenbrachten. Die Formel vom "europäischen Deutschland", die als Gegensatz zum vielfach befürchteten "deutschen Europa" geprägt wurde, sollte diese Spannung überbrücken.

#### Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands

Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapitulierte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozesses teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung (und die NATO) einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

#### Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen.

#### Gewachsenes deutsches Selbstbewußtsein

Die Entwicklung bleibt nicht stehen. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich das deutsche nationale Selbstbewußtsein weiter stabilisiert, die Erinnerung an das Jahr 1945 ist mehr und mehr verblaßt und das Bewußtsein einer deutschen Bringschuld für Europa verloren gegangen. Die jüngere Generation sieht - und hat auch - keinen Grund, Schuldgefühle zu hegen oder zu verewigen und noch immer in geduckter Haltung in Europa Politik zu machen bzw. Interessen zurückzustecken. Im Bewußtsein, die stärkste Wirtschaftsmacht und das Land mit der größten Bevölkerung zu sein, ist das wiedervereinigte Deutschland im Begriff, aus den Fesseln der Niederlage 1945 und ihren Folgen, die bis zur Wiedervereinigung 1990 und darüber hinaus nachwirkten, allmählich heraus zu wachsen.

Aufmerksame Beobachter stellen auch eine allmähliche Um- und Neuformulierung des deut-

schen politischen Selbstverständnisses und Selbstbildnisses als Nation fest - ein Prozeß, der fast unmerklich und unterirdisch verlaufe, aber auf längere Sicht nicht ohne Wirkung bleiben kann. Die Rekonstruktion der Nation sei eine Folge des deutschen Nachholbedarfs infolge der langen nationalpolitischen Abstinenz nach 1945 und der Wiedervereinigung 1990. Wie auch immer: Jede neue Generation setzt ihre eigenen, spezifischen Akzente. Was sich herausbildet, ist ein neues, unbefangenes deutsches Selbstbewußtsein, in dem die Schatten der Vergangenheit mehr und mehr zurücktreten.

#### Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäischen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner herauszuheben zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".

Seither wächst mit jedem Hilfspaket (Portugal, Irland, nochmals Griechenland) der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos". Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.

Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher auch ohne den Euro; im Übrigen hätten die europäischen Nachbarn mit den Importen aus Deutschland auch Sachwerte (werthaltige Industrieprodukte) erhalten. Und ohne den Euro würde man wie früher im europäischen Ausland im Urlaub einfach Geld tauschen, so schwierig sei das auch nicht gewesen. Es kann nicht ausbleiben, daß aus solchen Überlegungen auf deutscher Seite Ressentiments erwachsen ...

#### **IV. Deutschland in der Kritik**

##### Reaktionen

Die Deutschen sind nicht die Einzigen, die auf die Krise mit wachsendem Verdruß, Ressentiments und Unwilligkeit reagieren. Die harten Sanierungs- und Sparprogramme, die die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) den Griechen, Portugiesen, Irländern und möglicherweise bald Spanien, Belgien, Slowenien und Italien auferlegen, werden hauptsächlich Deutschland angelastet, das den Geldbeutel nicht weiter öffnen will und Hilfe verweigert. Deutschland wird - zu Recht - die

Führerschaft jener Gruppe von europäischen Staaten zugeschrieben, die weitere Not- und Hilfspakete, wenn überhaupt nur unter striktesten Auflagen zulassen; mit anderen Worten: sich einer weiteren eigenen Verschuldung verweigern.

Die wirtschaftliche, soziale Misere in Griechenland, Portugal und Spanien wird dort den Sanierungs- und Sparprogrammen, letztlich Deutschland zugeschrieben, das in der EU diese harte Linie diktiert. Hinzu kommt, daß diese Programme nicht nur wenig erfolgreich sind, sondern das wirtschaftliche und soziale Gewebe in diesen Ländern bis zum Zerreißen anspannen oder gar zerstören.

Aus der eigenen deutschen Geschichte wissen wir, daß die Sanierungs- und Sparprogramme der Regierung Brüning am Ende der Weimarer Republik mit ihren wirtschaftlichen, sozialen Auswirkungen in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit auch fatale politische Folgen hatten, indem sie den Nationalsozialisten und Hitler den Weg bereiteten. Die Regierungen der betroffenen Länder werden dem Druck von unten auf Dauer nicht standhalten und die Durchführung der Programme nicht gewährleisten können. Es ist absehbar, daß sie zerbrechen werden, wenn der Druck zu groß wird.

#### Großbritannien

Großbritannien und die Londoner City haben keinen geringen Einfluß auf den Euro, auch wenn das Vereinigte Königreich nicht zum Euro-Währungsgebiet gehört. Hinter der "unsichtbaren Hand des Marktes" steht nicht selten eine interessengeleitete Einflüsterung der Londoner City (und der britischen politischen Klasse), der eine deutsche - wenn auch nur gefühlte wirtschaftliche und finanzielle - Dominanz mittels des Euro in Europa traditionell ein Dorn im Auge ist.

Kommt der US-Dollar in Verruf und sinkt im internationalen Wert, wird das Interesse der "Märkte" schnell auf die Schwächen des Euro gelenkt und damit der Wert des Dollar relativ zum Euro stabilisiert. London hat wie Washington ein Interesse daran, daß der Dollar als Weltleitwährung erhalten bleibt - und mit ihm die zwischen New York und London geteilte, außerordentlich lukrative globale angelsächsische Finanzdominanz.

Gibt es Probleme mit dem Dollar, finden US-amerikanische Rating-Agenturen rasch einen Grund, das Rating eines europäischen Landes abzusenken; die Stichworte erhalten sie aus London. So besehen schürt die Euro-Währung, in der Deutschland infolge der Schuldenkrise der europäischen Peripherie-Staaten ein entscheidendes Gewicht erlangt, das alte britische Konkurrenzdenken und Mißtrauen gegenüber Deutschland. Entsprechend wird antideutsche Stimmung gemacht, indem Presseartikel von London aus in die französischen, italienischen etc. Medien lanciert werden, in denen die Deutschen als unverständige, brutale Zuchtmeister dargestellt werden.

#### Frankreich: Kritik am Euro - Verrat an Europa

Frankreich führt eine andere Klage. Seit dem Beginn der europäischen Integration war von Frankreich vorgedacht worden, was dann von den Deutschen bezahlt worden ist. Mit Recht weisen die Franzosen darauf hin, daß auch Deutschland dabei nicht zu kurz gekommen ist und seine Wirtschaft stets ihren Vorteil darin fand. Mit der Euro-Währung hat die französische Politik geglaubt, Deutschland, den als mächtig bis übermächtig empfundenen Nachbarn endgültig in ein französisch entscheidend mitgeprägtes Interessengeflecht eingebunden zu haben. Unter dieser Bedingung hatte Frankreich der deutschen Einheit 1989/1990 letztlich zugestimmt - was dem französischen Präsidenten Mitterrand angesichts der deutsch-französischen Geschichte gewiß nicht leicht gefallen ist.

Im Glauben an das gemeinsame deutsch-französische Projekt Europa hat Mitterrand die deutsche Einheit schließlich abgesegnet. Wenn die Bundesregierung nun in der Folge der Schuldenkrise einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Währungs-Union nur zögerlich oder gar nicht zustimmt, so fühlt sich Paris düpiert. Die Weiterentwicklung und Vertiefung liegt aus

französischer Sicht in der Logik der Sache, eine Währungs-Union muß sich neuen, veränderten Umständen anpassen (können), sonst geht sie unter. Natürlich sieht man in Frankreich, daß Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen muß - Frankreich aber fast ebenso so viel. Einfach formuliert: Wo Deutschland versucht, seine traditionelle Zahlmeisterrolle allmählich abzuschütteln, sieht Frankreich den Euro und seine notwendige Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftregierung in Frage gestellt. Dann fühlt sich auch Frankreich frei, sich eng mit Großbritannien zu liieren und u.a. in Libyen - ohne die Deutschen, aber mit den USA - Krieg zu führen.

#### **V. Das deutsche nationale Interesse ist die Europäische Integration**

Das Problem deutscher Politik bestand seit der Reichsgründung 1871 im Kontext des europäischen Mächtegleichgewichts darin, tendenziell die hegemoniale Macht zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie durchsetzen zu können. Die Spannung, die sich daraus ergab, endete im Ersten Weltkrieg mit der deutschen Niederlage, endgültig dann im Zweiten Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation. Schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte Walter Rathenau, der spätere Außenminister der Weimarer Republik (1922) daraus die Folgerung gezogen, daß diese Spannung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Belgien und Frankreich aufgelöst werden müßte, später fügte er als weitere Komponente eine enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland hinzu (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert).

Nach 1945 haben alle deutschen Bundeskanzler von Adenauer, über Willy Brandt, Helmut Schmidt bis Helmut Kohl die Ratio dieser Gedankenführung nachvollzogen und danach gehandelt. Helmut Kohl hat sie im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit nochmals unterstrichen und dem folgenschweren Verzicht auf eine eigene Währung mit der D-Mark zugestimmt. Das ist in sich schlüssig und muß heute nicht noch einmal bis ins Einzelne nachgezeichnet werden.

Gleichwohl gibt es in Deutschland mit unterschiedlichen Motiven und Begründungen immer wieder ein Aufbegehren gegen diese Politik, die sich auf sich auf wirtschafts- und geldpolitische Argumentationen (u.a. zurück zur D-Mark) oder verfassungsrechtliche Bedenken (Bundesverfassungsgericht: Demokratiedefizit, Verfassungsvorbehalt) gründet. Im Ausland, insbesondere in Frankreich, Italien etc. werden diese Ansätze als Absage an die europäische Integration interpretiert. Oder anders formuliert, als deutscher Versuch, nach dem Erreichen der Einheit in der Konsequenz doch wieder an die Hegemonialpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen.

Das mag man in Deutschland als übertrieben und weit hergeholt sehen, ist aber in den Augen unserer europäischen Nachbarn nach zwei Weltkriegen eine reale Befürchtung, auf die Rücksicht genommen werden muß. Es bleibt also dabei: die Europäische Integration liegt im wohlverstandenen deutschen nationalen Interesse.

#### Europäische Außenpolitik

Ein Gedankenspiel: Man stelle sich vor, Deutschland hätte sich am 17. März 2011 im UN-Sicherheitsrat bei der Libyenresolution nicht enthalten sondern mit Großbritannien, Frankreich (und den USA) gestimmt. Europa wäre in Gestalt der drei wichtigsten Führungsmächte in einem entscheidenden Zeitpunkt, in dem sich die arabisch-islamische Welt neu formiert, außenpolitisch geeint aufgetreten. Welch ein Triumph für Europa! Gerade auf dem Gebiet der gemeinsamen Außenpolitik, wo Einigkeit am schwersten herzustellen ist, wäre das eine Demonstration geballter europäischer Einigkeit gewesen, ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame Zukunft, ein unübersehbares Signal.

Die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat stellt einen gravierenden außenpolitischen Fehler dar: Deutschland hat sich in der EU und NATO isoliert und mitentscheidenden Einfluß am weitesten Geschehen im arabisch-islamischen Raum preisgegeben. Mangelnde Reflexion oder Nai-

vität bzw. historische Unbefangenheit sind kein Ersatz für das behauptete "nationale Interesse", auch wenn man glaubte, der deutschen öffentlichen Meinung zu entsprechen und einen Wahlerfolg landen zu können. Überzeugendes nationales Selbstbewußtsein drückt sich auch und gerade in der Übernahme internationaler Verantwortung, nicht in deren Verweigerung aus.

## **VI. Deutsches nationales Interesse: ein funktionsfähiges Europa**

Im deutschen nationalen Interesse liegt eine Europäische Union, die die ihm von den Mitgliedstaaten übertragenen Funktionen mit Erfolg erfüllt; deutsches nationales Interesse ist eine funktionsfähige Europäische Union. Dazu gehört, daß die BürgerInnen aller europäischen Staaten letztlich die Gewißheit haben können, daß die Union in ihrem Interesse liegt, daß Lasten und Vorteile in einem gesunden Verhältnis stehen, ja daß die Vorteile die Nachteile in Gestalt von Aufgabe von Souveränitätsrechten, Zahlungen an das gemeinsame Budget etc. zumindest perspektivisch überwiegen. Kein Land sollte übermäßig profitieren, während andere die Hauptlasten, insbesondere finanzieller Art tragen müssen.

Wie kann das deutsche nationale Interesse mit dem europäischen in Einklang gebracht werden? Es gibt im Wesentlichen in der gegenwärtig alles überschattenden Euro-Krise drei Handlungsoptionen für die Bundesregierung:

- 1) eine Politik des "weiter so", d.h. die Fortsetzung des Durchwurstelns, um Zeit zu gewinnen,
- 2) der Anregung des EZB-Präsidenten Trichet zu folgen und eine Wirtschaftsunion mit einem europäischen Finanzministerium anzustreben oder
- 3) alsbald einen harten Schnitt mit einer Umschuldung und/oder Suspendierung der überschuldeten Euroländer durchzusetzen.

### 1) Weiter so?

Der Ausschluß der Haftungs- und Transfergemeinschaft (No-bail-out-Klausel), wie er bei Einführung des Euro fest vereinbart wurde, gehört zur Balance der unterschiedlichen Interessen, auf der die Währungsunion beruht.

Mit dem ersten Griechenland-Hilfspaket vom 9. Mai 2010 ist dieses Prinzip unterwandert worden, wenn auch mit einigen irreführenden Verschleierungen. Das Tor für die Haftungs- und Transferunion des Euro-Währungsraums ist aufgestoßen worden. Mit weiteren Hilfspaketen, auch für Griechenland soll dieser Weg fortgesetzt werden.

Verschiedene Argumente werden für eine Fortsetzung der am 9. Mai 2010 eingeschlagenen Politik angeführt: es drohe eine neue weltweite, nicht nur auf Europa beschränkte Banken- und Finanzkrise, die Euro-Währung kollabiere, daraufhin zerbreche die Europäische Union, kurz: das absehbare Chaos trete ein usw.

Das ist für Nichtfachleute schwer zu durchschauen. Aber auch für Wirtschaftsexperten, Banker und Finanzfachleute verschiedenster Couleur scheinen die Folgen so klar nicht zu sei: Zu unterschiedlich sind deren Stellungnahmen, hinter denen im Übrigen offenkundig jeweils massive eigene Interessen stehen.

### Bisherige Hilfspakete zerstören Europa

Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt.

Griechenland kann die Sparprogramme nicht umsetzen, 2010 nicht und auch 2011 nicht - aus wirtschaftlichen, sozialen und letztlich politischen Gründen. Wer ein Land zwingt, sein Nationalvermögen zu verschleudern, wer es bis aufs Hemd auszieht, ihm mit rabiaten Sparrun-



den die Grundlagen für ein gesundes Wirtschaftswachstum nimmt und in eine tiefe Rezession mit Massenarbeitslosigkeit stürzt, darf sich nicht wundern, wenn es zu einer Art Volksaufstand kommt. Portugal ist auf demselben Weg, ebenso wie Spanien. Die Sparprogramme, die als Diktat aus Brüssel (oder Berlin) empfunden werden, provozieren Unruhen, die sich bis zur Revolte steigern. Sie wenden sich explizit gegen die EU (und Berlin).

Segnungen aus Europa sehen anders aus. Empfänger- und Geberländer wehren sich. Daran könnte die Europäische Union tatsächlich zerbrechen. Den Völkern wird die Luft abgeschnürt, sie werden in etwas hineingepreßt, was sie nicht wollen, was vor allem wirtschaftlich und politisch nicht durchzuhalten ist.

Zyniker werden zudem nicht müde - und leider zu recht - darauf hin zu weisen, daß es letztlich gar nicht um Europa und die Hilfe für die Bevölkerungen der Peripheriestaaten geht, sondern um die Rettung der Banken. Die Not der Griechen, Portugiesen etc. wird als Druckmittel benutzt, um Stimmung für Hilfspakete zu machen. Wir sind Gefangene eines Banken- und Finanzmarktsystems, dem es nur darum geht, die dort eingegangenen Risiken auf die Steuerzahler der Länder mit hoher Bonität abzuwälzen. Zur Rettung eines Banken- und Finanzsystems werden den europäischen Bürgern immense Opfer abverlangt. Sie sind um so weniger zu vermitteln, wenn im Banken- und Finanzsektor astronomische Gehälter und Boni gezahlt werden.

#### Deutsche Transferunion kein Vorbild

Kritikern der Entwicklung in die europäische Haftungs- und Transferunion wird entgegen gehalten, daß es in Deutschland ja auch eine Haftungs- und Transferunion gibt - warum also nicht auch auf EU-Ebene? Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, weiß, wie umstritten dieser ist. Es hat auch von der Reichsgründung 1871 bis zur alten Bundesrepublik gedauert, ehe ein Finanzausgleich eingeführt wurde. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Appell an die Solidarität trägt nicht wirklich weit, wenn es ums Geld geht. Zank und Streit ist die Folge. Wollen wir das wirklich auf die europäische Ebene übertragen, wo der Zusammenhalt doch sehr viel geringer ist als auf der deutschen, nationalen Ebene? Alle Erfahrungen sprechen dagegen.

#### Kein Völkergefängnis

Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten unter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. Die Europäische Union darf kein Völkergefängnis werden. Irreparabler Schaden würde angerichtet. Im Interesse Europas muß die am 9. Mai 2010 eingeschlagene Politik korrigiert werden. Das ist deutsches und europäisches Interesse zugleich.

#### 2) Vorschläge des EZB-Präsidenten Trichet

Ein weitreichendes Alternativprojekt wurde von dem französischen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet anlässlich der Verleihung des Aachener Karlspreises Anfang Juni 2011 ins Gespräch gebracht. Er hatte seinen Vorschlag mit den in seiner Amtszeit (2003-2011) "aufgedeckten Schwachstellen" des Euroraums begründet. Deshalb sollte eine einschneidende Überarbeitung der EU-Vertragsregeln für den Umgang mit Haushaltssündern vorgenommen werden. In letzter Konsequenz wünschte er ein "europäisches Finanzministerium" als Ergänzung der heutigen, aus Binnenmarkt, Euro und EZB bestehenden Architektur.

Trichet muß es wissen: Um die Mängel des Euroraums zu beheben, braucht es letztlich eine europäische Zentralregierung, die mit Vetorecht in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Staaten eingreifen und diese lenken kann. Das ist typisch französisches Denken, das in der Zentralisierung das Allheilmittel sieht. Abgesehen davon, daß alle EU-Länder einer sol-

chen radikalen Umgestaltung der Verträge zustimmen müßten, was schwerlich der Fall sein dürfte, zwingt dieses Konzept alle europäischen Staaten in ein Zwangssystem, das Widerstand hervorrufen muß.

Wichtiger ist jedoch die Ansicht des EZB-Präsidenten, daß es letzten Endes dieses zentralistischen Zwangs bedarf, um den Euro in seiner heutigen Gestalt auf Dauer zu stabilisieren. Trichet hat den wahren Preis genannt: ein zentralistisches Europa. Die Zukunft ist offen, vielleicht gibt es einmal ein von Brüssel zentralisiertes Europa. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit wäre das jedoch keine Utopie, sondern ein Fluch. Die Völker und Nationen Europas würden aufbegehren. Schnell hätten wir überall in Europa nur noch "Griechenland" und "Wahre Finnen". Europa würde daran zerbrechen.

### 3) Der Schnitt

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Als stärkster Wirtschaftsmacht in der EU mit einer faktischen Veto-Macht kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Da eine gut funktionierende Europäische Union im deutschen nationalen Interesse liegt, muß die Bundesregierung einen Weg aus der Euro-Krise finden und eine Politik vorantreiben, die den Völkern und Staaten die Luft zum Atmen erhält bzw. zurückgibt. Sie muß dem um sich greifenden Empfinden einer Überforderung die Anlässe nehmen. Nur dadurch kann die EU auf längere Sicht stabilisiert werden. Das Erreichte muß erst einmal konsolidiert werden, ehe neue Schritte, sprich Erweiterungen, Vertiefungen o.ä. in Angriff genommen werden können. Wo Fehler gemacht wurden, muß schnell und energisch Abhilfe geschaffen werden.

Das gilt besonders für die Eurowährung, die leider zur Gefahr für den europäischen Zusammenhalt geworden ist. Die Normalbürger sind überfordert, wenn sie zur Euro-Krise konkrete Lösungsvorschläge machen sollen. Das gleiche gilt für 99 % aller Politiker, denen ohnehin nur fertige Rettungs-Pakete als angeblich "alternativlos" zum Abnicken und Durchwinken präsentiert werden. Die Bundesregierung ist gefordert, ein realistisches Konzept vorzulegen, glaubwürdig zu begründen und durchzusetzen. Die deutschen Steuerzahler müssen wissen woran sie sind; es ist schließlich ihr Geld, um das es geht.

Ein begründetes Konzept, eine klare Linie der Bundesregierung ist bisher allerdings (noch) nicht zu erkennen. Es rächt sich, daß die Regierung Merkel/Westerwelle die Personalpolitik auf internationaler Ebene vernachlässigt, deutsche Kandidaten entmutigt oder Amtsinhaber (Axel Weber) unzureichend unterstützt hat. Auf europäischer Ebene dominieren Franzosen und Italiener, beim IWF folgt einem Franzosen eine Französin. Deutscher Einfluß auf internationaler Ebene sieht anders aus. Nun fehlen auch der deutschen Politik die geeigneten Berater, die über die nötigen Informationen und Erfahrungen verfügen, die früh- und rechtzeitig im deutschen Interesse Entscheidungen beeinflussen und vorformulieren könnten. Mit der in Berlin dominierenden Provinzmentalität muß endlich Schluß sein.

### Kein Mandat für eine europäische Haftungs- und Transferunion

Eine Entscheidung schält sich im deutschen nationalen Interesse heraus, die mit dem europäischen Interesse identisch ist. Die bisherige Politik zur Rettung des Euro kann nicht fortgesetzt werden. Das hinhaltende Durchwursteln, das weitere Abgleiten in die Haftungs- und Transferunion, für die es seitens der deutschen Wähler ohnehin kein Mandat gibt, (ein Mandat, das auch niemals erteilt werden würde), muß gestoppt werden. Diese Politik stranguliert die Staaten auf der Geber- und Empfängerseite, ohne ein Ergebnis zu zeitigen, sie zerstört den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU. Sie hat das Potential, die EU in den Abgrund zu reißen.

### Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende

Es muß eine Lösung gefunden werden, die das bisherige Durchwursteln beendet. Ein schneller, sicher harter Schnitt ist notwendig. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Nicht das Diktat der Banken und der Finanzmärkte darf die Zukunft der EU bestimmen,

sondern die Politik im Interesse der deutschen und europäischen BürgerInnen. Nicht der von der Wallstreet und der City von London geprägte "unsichtbare Hand des Marktes" darf unsere Zukunft in Europa überantwortet werden.

Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. Auf keinen Fall darf sie die außenpolitische Fehlleistung bei der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit finanziellen Mittel ausgleichen, ein Reflex, auf den einige unserer Partner setzen.

Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmachelei, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten.

Wenn schon Kritik an Deutschland, dann für eine zukunftsfähige Europapolitik

Kein höheres Integrationstempo, Entschleunigung der europäischen Einigung ist angesagt. Die Völker müssen sich an das Erreichte erst einmal gewöhnen. Auf dieses Bedürfnis muß flexibel eingegangen werden. Die deutsche Politik hat die Entscheidung in der Hand, sie hat die Mittel und Macht und damit auch die Verantwortung. Es ist unvermeidlich, daß sie damit Kritik ernten wird. Aber in der massiven Kritik steht sie schon heute. Wenn Deutschland schon Kritik einstecken muß, dann für eine Politik, die notwendig und richtig ist. Die Bundesregierung muß deutlich machen, daß sie im deutschen "nationalen Interesse" handelt, das mit dem europäischen Interesse identisch ist. Das wird auch verstanden werden.

Zusammen mit Frankreich

Nach Lage der Dinge kommt nur Frankreich als Partner für eine solche Politik in Frage. Ob Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy (bzw. dessen Nachfolger Hollande - Zusatz vom 7. Mai 2012) die richtigen Partner sind, bleibt dahin gestellt. Aber die Richtung ist vorgegeben:

Rettet Europa!<<

**25.07.2011**

**BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Juli 2011: >>Die EU als Transferunion**

**Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?**

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettozahlungen durch Deutschland.

Die absolute Summe von 324 Milliarden Euro hört sich anders an als jene Größenordnung von gut 1 Prozent vom Bruttonationaleinkommen, die sonst oft genannt wird. Deutschland finanzierte in den zwei Jahrzehnten 45,1 Prozent der EU-Ausgaben, rechnet Willeke vor. Frankreich kam auf 243 Milliarden Euro Brutto- und 33,6 Milliarden Euro Nettozahlung. Seine Nettobelastung war geringer, weil es viel größere Rückflüsse, etwa Zahlungen an seine Landwirte, erhält.

Für die Jahre 2004 bis 2008 errechnet Willeke für Deutschland einen Anteil von 33,4 Prozent an der Finanzierung der EU, für Frankreich 16,7 Prozent, für Italien 13,8 Prozent, für Großbri-

tannien 12,1 Prozent und für die Niederlande 10,4 Prozent. Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, leisten die Niederlande die größten Beiträge an die EU, während die Briten einen nur geringen Anteil zur Finanzierung der Union leisten.

Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.

Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettozahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt. Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettozahler nach ihrer Wirtschaftskraft. Sie sollen alle den gleichen prozentualen Anteil vom Bruttonationaleinkommen (BNE) zahlen, fordert Willeke. Gut 0,2 Prozent vom BNE wären der angemessene, ausreichende Nettobeitrag. Die Ausgaben der EU für die Empfänger würde nicht gekürzt, nur die Finanzierung anders verteilt.

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".

Ebenfalls deutlich entlastet werden müßten nach seinem Konzept die Niederländer und Schweden. Viel mehr beitragen sollten Briten, Franzosen und Italiener. Der Hauptgrund für die ungleiche Belastung der Nettozahler ist der Briten-Rabatt (nachdem 1985 Margaret Thatcher ihre Handtasche auf den Tisch geschlagen und gefordert hatte: "I want my money back"). Seitdem haben die Briten nach Willeke 84 Milliarden Euro gespart. Die Abschaffung dieses und anderer Rabatte ist eine der Hauptforderungen Willekes.

Jüngst hat die Europäische Kommission Vorschläge zur Reform der EU-Finanzierung gemacht, die in den Jahren 2014 bis 2020 auf 1.025 Milliarden Euro steigen soll. Zum Teil gehen sie in die von Willeke geforderte Richtung, etwa was das komplizierte Rabattsystem angeht. Die Kommission will auch die weit überproportionale Belastung Deutschlands und der Niederlande etwas senken, doch bliebe ein Gefälle.

Ein Defizit von Willekes Studie ist, daß er fast ausschließlich die Einnahmenseite untersucht und über die Verwendung der EU-Gelder kaum ein Wort verliert. Die Milliarden-Kreditpakete zur "Euro-Rettung" werden nur kurz am Schluß des Buches kritisch angesprochen.<<

**24.09.2011**

**BRD: Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtet am 24. September 2011: >>Die wahre Schuldenlast**

### **Deutschlands große Lüge**

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

Eigentlich sind Deutschlands Finanzpolitiker zu beneiden. In kaum einem Land sind Finanzminister so beliebt und die Bürger so sparsam wie hierzulande. Das gilt für das Privatleben, wo der Deutsche regelmäßig mehr als ein Zehntel seines Einkommens auf die hohe Kante legt, während andere Völker auf Pump prassen. Das gilt aber auch für das Gemeinwesen, wo sich regelmäßig eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht, lieber die Staatsfinanzen zu

sanieren, als die Steuern zu senken.

Im ZDF-Politbarometer etwa sprach sich im Juli eine Mehrheit von 62 Prozent dafür aus, die für 2011 zu erwartenden Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu nutzen, 28 Prozent wollten Steuersenkungen und nur acht Prozent höhere Staatsausgaben.

Und dennoch fehlte einer Regierung nach der anderen der Mut, eine nachhaltige Wende in den Staatsfinanzen einzuleiten und tatsächlich Schulden abzubauen. Was sie unter großem Getöse als "harte Sparpolitik" durchsetzten, war bisher selten anderes als eine schlichte Reduzierung der Haushaltsdefizite. Sprich: Es wurden weniger neue Schulden gemacht – der Schuldenberg wuchs aber weiter. Die nüchternen Zahlen dazu: Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen.

Setzt man diesen Berg ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), dann entspricht das einer Schuldenquote von 83,2 Prozent. Das sind 18 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. Damit nähert sich die deutsche Staatsschuld bedrohlich der Marke, die die US-Topökonominnen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in ihren bahnbrechenden Langzeitstudien als die Schwelle identifiziert haben, von der an die Staatsverschuldung die Wachstumsraten einer Volkswirtschaft drückt: 90 Prozent des BIP. Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen.

Vor allem die Finanzierung der Pflegeversicherung drohe angesichts der ungünstigen demografischen Entwicklung die aktiv Beschäftigten zu überfordern, warnt er. Diese sogenannte implizite Staatsverschuldung kommt zur amtlichen, also expliziten Schuldenlast hinzu. Zusammen ergeben sich dann fast sieben Billionen Euro, die Raffelhüschen "Nachhaltigkeitslücke" nennt.

### **Sinn: Ein Kurswechsel wird für Politiker immer schwerer**

Das klingt harmlos, bedeutet aber: Diese sieben Billionen sind ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft, ausgestellt von uns allen und einzulösen von unseren Kindern und Enkeln. Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde.

Das entspricht immerhin zwei Dritteln der gesamten Steuereinnahmen eines Jahres. 100 Milliarden Euro neue Schulden kommen in diesen Ländern Jahr für Jahr hinzu, warnt Sinn: "Es wird für die Politiker immer schwerer, einen Kurswechsel durchzusetzen." Das gilt auch für die deutschen Staatsfinanzen. Ein Bundeskanzler nach dem anderen hat erst Sparsamkeit gelobt und dann Schulden gemacht.

In den fünfziger und sechziger Jahren war das noch recht harmlos. Schließlich verbot das Grundgesetz doch generell Staatsschulden. "Im Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur

auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden", heißt es dort in Artikel 115. Doch Ende der sechziger Jahre wurde neu definiert, was als außerordentlich zu gelten hatte.

Der Staat wollte die Konjunktur steuern und nahm sich die Freiheit, bei einer "Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" ordentlich Kredite aufnehmen zu dürfen. Auch in guten Zeiten durfte er bis zur Höhe seiner Bruttoinvestitionen Schulden machen. Die Folge: Seit 1970 verdreifachten sich die deutschen Staatsschulden. So wie Deutschland gingen viele Staaten mit einem hohen Schuldenberg in die Finanzkrise hinein und kamen mit einem noch höheren wieder heraus.

Schon wenige Wochen nach der spektakulären Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers warnte der jüngst zurückgetretene Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, in einem Handelsblatt-Gastkommentar, am Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise könnte eine Krise der öffentlichen Finanzen stehen: "Viele Staaten Europas haben in besseren konjunkturellen Phasen unzureichend Vorsorge getroffen. Die Zahl der Länder mit einem exzessiven Defizit dürfte steigen." Er sollte recht behalten.<<

**24.10.2011**

**BRD:** Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtet am 24. Oktober 2011: >>Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr

*Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich*

*Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.*

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalver-

wertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.

Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.

Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.

Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.

An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:

Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.

Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.

Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:

1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.

Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.

2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.

Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.

3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.

Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).

Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammen-



spiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.

Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.

Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.

4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.

Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.

Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.

*Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastrorandi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ... <<*

**14.11.2011**

**BRD:** Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtet am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>... Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

**18.11.2011**

**USA:** Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schreibt am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische

Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<  
**31.12.2011**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Dezember 2011 (x887/...): >>**Verfechter der Menschenrechte**

Aufschlußreiche Biographie über den Journalisten Gerhard Löwenthal

Wer als Bundesdeutscher die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bewußt miterlebt hat, kennt den Namen Gerhard Löwenthal. Er ist ein fester Begriff. Als Leiter des ZDF-Magazins von 1969 bis 1987 war er für die einen der "kalte Krieger", für die anderen die Verkörperung der wehrhaften Demokratie in ihrem Kampf gegen den Sowjetimperialismus. Nach der friedlichen Revolution hat man auch beim ZDF eingesehen, daß man die Wirklichkeit des Ostblocks recht unzulänglich wahrgenommen hatte.

Dem unbeirrbaren Einzelkämpfer Löwenthal blieb jedoch seitens des Hauses die Anerkennung versagt. Daher war eine ausführliche Biographie überfällig, die nun Stefan Winckler in jahrelanger solider Arbeit geschaffen hat. Trotz geistiger Verwandtschaft mit Löwenthal finden sich nirgendwo Spuren hagiographischer Verehrung. Jede Behauptung wird tunlichst exakt belegt. Das Opus ist wohl gelungen und lädt zum Lesen ein. Nur das Fehlen eines Personenregisters ist zu beklagen.

Wincklers Werk fußt auf Löwenthals Autobiographie, die aber schon vor 25 Jahren erschienen ist. Ihr Titel lautet: "Ich bin geblieben."

Hat er nicht einen Wandel durchgemacht, gleichsam von Willy Brandt zu Franz Josef Strauß? In seinen Augen war es die SPD, deren Ostpolitik immer mehr den Wünschen der totalitären Weltmacht entgegenkam, sei es durch Aufwertung der DDR, sei es durch Verzichtleistungen. Wincklers Werk gliedert sich in fünf Teile.

Auf die Löwenthal-Biographie folgt die Schilderung seines politischen Engagements im Fernsehen und außerhalb. Wie war die Reaktion auf seine journalistische Arbeit? Des weiteren wird Löwenthals Weltanschauung anschaulich ins Gedächtnis gerufen und seine Einbindung ins konservative Spektrum der Bundesrepublik konkretisiert. Auch seine Erinnerungen an das, was er als Jude unter Hitler in Berlin erlebt hat, "daß Tausende von Berlinern dem Gebot der Menschlichkeit auch unter schwierigen Verhältnissen folgten und halfen, wo es ging", sind aufschlußreich.

Nach dem Kriege führten ihn glückliche Umstände in die Redaktion des amerikanischen Senders Rias Berlin und schließlich zum ZDF. Dort war er für das ZDF-Magazin zuständig, das sich mit nahezu allen politischen Themen befaßte. So rügte er am 7. Januar 1970 als "katastrophal" Willy Brandts Ausspruch, er "habe aufgehört, über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen".

Derlei Sendungen machen es verständlich, daß Löwenthal in der DDR als Staatsfeind Nr. 1 bezeichnet wurde und daß er in der Bundesrepublik zu den am meisten gefährdeten Persönlichkeiten zählte. Dennoch war Löwenthal voll des Eifers für die Sache der Freiheit und begnügte sich nicht mit der engagierten Wahrnehmung seiner beruflichen Pflichten. So war er 1972 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Menschenrechte (heute Internationale Gesellschaft für Menschenrechte), eines Vereins, der sich vor allem den politischen Gefangenen in der DDR widmete und heute insbesondere verfolgte Christen hilft.

In einer an Vorbildern armen Welt kann die Beschäftigung mit Gerhard Löwenthal ein Ansporn sein, die eigenen Kräfte den vorrangigen Verfassungswerten dienstbar zu machen. ...

Stefan Winckler: "Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland", ... Berlin-Brandenburg 2011 ...<<

2012

Nur gezwungen trägt der Mensch das Sklavenjoch.  
*Aischylos (um 525-456 vor Christus, griechischer Dichter)*

08.01.2012

**BRD:** Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtet am 8. Januar 2012 (x936/...):

>>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

**"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"**

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

**Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.**

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

**Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein.** Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

**Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität.** Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

**Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23** (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

**Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben.** Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133**

**Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

**Alle Politiker Schauspieler.**

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

**Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet.** Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederungung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

**04.02.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Februar 2012 (x887/...): >>London deckt Stasi-Agenten**

Geheimdienste im Visier: Großbritannien verhindert Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Das DDR-Regime ließ nicht nur Deutsche auf mittel- und westdeutschem Boden agieren, auch Nicht-Deutsche spitzelten im Auftrag von Ostberlin im Ausland. Doch bisher ist dieses Kapitel der DDR-Vergangenheit kaum erforscht, auch weil das Ausland abblockt.

Briten und Amerikaner in Stasi-Diensten? Daß Bürger westlicher Länder als Stasi-Mitarbeiter in der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum eine Rolle spielen, hat nicht nur mit dem Vernichten von Akten in den Wendejahren 1989/90 zu tun. Bis heute halten die USA und Großbritannien von der Stasi erbeutetes Material zurück:

Würde man einen Wettbewerb veranstalten, welcher Nachrichtendienst die wenigsten Spuren in den Archiven hinterlassen hat, gäbe es einen klaren Anwärter für eine Spitzenposition: die militärische Aufklärung der NVA. Einige wenige enttarnte Agenten in Westeuropa, einige Zeitzeugen und eine Handvoll Akten im Bundesarchiv sind schon fast alles, was man mit dem 1990 aufgelösten Nachrichtendienst noch in Verbindung bringen kann.

Die geheime Truppe, die den Ruf hatte, recht effektiv zu arbeiten, ist heute nur noch das Spezialgebiet einiger Historiker und Geheimdienstexperten. Nicht ganz so erfolgreich beim Beseitigen von Spuren war die Auslandsspionage der Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Das Beseitigen von schriftlichem Material ist ihr nur teilweise gelungen. Zum Debakel geriet sogar der Versuch, hochbrisante Daten beim KGB in Sicherheit zu bringen.

Wie es dem CIA gelungen ist, das unter der Bezeichnung "Rosenholz"-Datei bekannt gewordene Material an sich zu bringen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Kolportiert wird, daß die Bestechung eines Mitarbeiters in der Ostberliner KGB-Residentur eine entscheidende Rolle gespielt hat. Unbestritten ist allerdings die Bedeutung des von der CIA erbeuteten Materi-

als: Nicht nur die Ergebnisse der Stasi-Auslandsspionage wurden rekonstruierbar, sondern auch die Identitäten der angeworbenen Agenten in Westeuropa und den USA.

Nach hartnäckigem Bemühen durch die Bundesregierung wurden zwischen 1999 und 2003 durch die US-Behörden Kopien der "Rosenholz"-Datei an Deutschland übergeben. Das übergebene Material kam nicht nur reichlich spät, es ist auch bis heute unvollständig: Auf den insgesamt 381 Datenträgern, die an Deutschland übergeben wurden, fehlt Material, das sich auf nichtdeutsche Stasi-Agenten in Westeuropa bezieht. Diese Daten wurden von den Amerikanern zwar den betreffenden Staaten ausgehändigt, aber nicht Deutschland.

Die Regierungen von Norwegen, Dänemark und Schweden haben inzwischen signalisiert, daß sie die Datenbestände, die sie von der CIA erhalten haben, Deutschland zugänglich machen wollen. Auf Granit gebissen ist die deutsche Anfrage allerdings im Falle Großbritanniens. Obwohl für die wissenschaftliche Forschung die Zusammenführung der Datenbestände dringend nötig wäre, wird eine Einsichtnahme bisher strikt abgelehnt.

Gestützt auf Angaben des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 wurden im Jahr 1999 vom damaligen Innenminister Jack Straw gegenüber Parlamentariern angegeben, daß etwa 100 Briten für die Stasi gearbeitet hätten. Zumindest in juristischer Hinsicht scheint diese Zusammenarbeit in keinem einzigen Fall Folgen gehabt zu haben.

Anthony Glee, Professor an der University of Buckingham, gab gegenüber dem "Guardian" an, daß es in Großbritannien bisher keine Verurteilung wegen Spionage für die Stasi gegeben habe. Über den modus operandi, auf den sich der Inlandsgeheimdienst MI5 und die enttarnten Agenten geeinigt haben, kann man nur spekulieren.

Ähnlichen Pragmatismus kennzeichnet auch die britische Auslandsspionage durch den MI6. Bereits 2006 sah er sich Vorwürfen russischer Behörden ausgesetzt. Außer der "üblichen" Spionage ging es bei den damaligen Vorwürfen um die verdeckte Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen. Daß es sich damals nicht um russische Paranoia gehandelt hat, wurde vor kurzem durch eine Dokumentation des Senders BBC2 aufgedeckt. Die russischen Vorwürfe waren zutreffend, wie Jonathan Powell, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter Tony Blairs, gegenüber der BBC bestätigte.

Die damals vom britischen Botschafter vehement bestrittene geheime finanzielle Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen gehört eigentlich zum Standardrepertoire von Nachrichtendiensten.

Mehr aus einem James-Bond-Film könnten allerdings Geräte stammen, die dem russischen FSB im Zusammenhang mit den damaligen britischen Aktionen aufgefallen waren. Als moderne Variante des "Toten Briefkastens" nutzte der MI6 Mini-Computer zur Datenübermittlung. In Steinattrappen eingebaut, wurden die Computer unauffällig am Rande Moskauer Straßen deponiert und konnten per Funk von Agenten mit Daten beschrieben und ebenfalls per Funk im Vorbeigehen oder Fahren ausgelesen werden.<<

**03.03.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. März 2012 (x887/...): >>wikipedia: eine "Autobiographie"**

Hintergründe zur Online-Enzyklopädie - Alfred M. de Zayas abgelehnt

"Na toll, wikipedia über wikipedia, da wirst du bestimmt lauter Enthüllungen lesen", so der ironische Kommentar einer Kollegin über das Buch "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt" von Wikimedia Deutschland e.V. Doch das ist zu kurz gedacht, denn natürlich verrät auch eine Autobiographie etwas über den Autor und seine Sicht der Dinge. Nun ist wikipedia zwar keine Person, sondern die größte Online-Enzyklopädie weltweit, doch das ändert nichts daran, daß man dank des Buches Blicke hinter die Kulissen von wikipedia erhält.

Bis vor einiger Zeit gehörte die Rezensentin auch noch zu jenen, die auf die Frage, wie sie

wikipedia findet, wikipedia schlicht für gut befunden hätte. Doch seitdem sie an der Bearbeitung des Wikipedia-Eintrages der PAZ mitbekommen hat, wie dort viele der ehrenamtlichen Autoren "ticken", und nachdem US-Wissenschaftler in einer Studie belegt haben, daß wikipedia keineswegs politisch neutral ist, ist sie auf Distanz gegangen.

Man muß das vorliegende Buch insoweit loben, als daß die dort versammelten ehrenamtlichen Wikipedia-Mitarbeiter zum Teil selbst die fehlende Neutralität der Enzyklopädie kritisieren dürfen. Allerdings läuft die Kritik in eine aus PAZ-Sicht unbefriedigende Richtung.

So merkt Benutzer "Neon02" zwar an, daß die Autoren und Administratoren nicht die Gesellschaft abbilden, sondern es sich nur hauptsächlich um junge, gutgebildete Männer handele, die mit ihrer Sicht wikipedia prägen, doch dann betont er, daß es eine offene Flanke nach rechts außen gebe. Dies würde man daran erkennen, daß ein "Revisionist wie Alfred M. de Zayas als reputable Quelle" gelten darf.

Jemand, der den Völkerrechtler de Zayas so einordnet, braucht keine Aussage mehr zu treffen, wo er selbst politisch einzuordnen ist. Und da in dem Buch besonders renommierte und aktive Wikipedia-Mitarbeiter versammelt sind, sagt das auch viel über Wikipedias politische Ausrichtung.

Aber man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, so mancher der im Buch versammelten Autoren hat vermutlich einfach die Schaffung einer freizugänglichen Enzyklopädie im Blick. Sie dürfen hier von ihren Erlebnissen berichten. Die Anekdoten verraten auch viel darüber, wie wikipedia entstanden ist und funktioniert, wie sich die Online-Enzyklopädie entwickelt und verbessert hat, aber auch, an welchen Stellen es immer noch hakt.

Wikimedia Deutschland e.V.: "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt", ... Hamburg 2011 ...<<

**21.04.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. April 2012 (x887/...): >>"Holt unser Gold heim!"**

Initiative fordert: Deutsche Goldreserve zurück nach Deutschland

Eine Initiative aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern, Kaufleuten, Verlegern und Publizisten hat sich zusammengetan, um die Rückführung der deutschen Goldreserven nach Deutschland zu erreichen. Die Reserven befinden sich Schätzungen zufolge zu 66 Prozent in New York, zu 21 Prozent in Paris, zu acht Prozent in London und nur zu fünf Prozent am Sitz der Bundesbank in Frankfurt. Die Bundesbank verwaltet das Gold des deutschen Volkes treuhänderisch.

Es handelt sich offiziellen Angaben zufolge um 3.400 Tonnen, die derzeit einen Marktwert von rund 140 Milliarden Euro haben. Das Gold ist im Wesentlichen der Ertrag deutscher Exportüberschüsse zu Zeiten der Goldstandard-Währungen des Bretton-Woods-Systems in den 50er und 60er Jahren.

Die Initiative "Holt unser Gold heim" geht aus vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) und der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. Erstunterzeichner sind TAE-Chef Rolf von Hohenau, der Autor Bruno Bandulet, FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der bekannte Finanzjournalist (ntv-"Telebörse") Frank Meyer, der Chefvolkswirt der Bremer Landesbank Folker Hellmeyer und Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel.

Sie fordern, daß zunächst unabhängig überprüft wird, ob das deutsche Gold überhaupt noch vollständig ist, woran immer wieder Zweifel aufkommen. Dann sollten die Barren "zeitnah" nach Deutschland überführt werden. Gold gilt als "Geld für den Ausnahmezustand", weshalb Experten wenig Sinn darin sehen, die Barren im Ausland zu lagern. Fragen nach dem Sinn der Fernlagerung werden kaum beantwortet.<<

**26.05.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Mai 2012**

### (x887/...): >>Jugend ohne Gott

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertgefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos.

Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt. Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben.

Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Rußland die Menschen wieder in Massen taufen. Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank er in Rußland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Rußlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.

Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben.

Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten

Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, daß Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich "das Geschäft" belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich "ökumenisch" arrangiert.

Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.

Daß man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen "Berliner Stadtmission" neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der "Jungen Kirche Berlin" treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der "Feier zur Lebenswende für Ungetaufte", das "Nächtliche Weihnachtslob" auf dem Domplatz oder der "Gottesdienst für Verliebte" erfreuen sich immer größeren Zulaufs.<<

**30.06.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30 Juni 2012 über die "Atlantik-Brücke": >>Im Dienst der Vereinigten Staaten**

Im altherwürdigen Magnus-Haus in Berlin gegenüber der Museumsinsel befindet sich seit 1999 die Zentrale der Atlantik-Brücke. Im selben Haus hat auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sein Büro. Nebenan patrouillieren Polizisten, dort wohnt Kanzlerin Angela Merkel. Die räumliche Nähe ist zufällig, aber auch symbolisch und zugleich praktisch. Denn Weizsäcker wie Merkel sind Mitglieder dieses transatlantischen Clubs.

Die Atlantik-Brücke bezeichnet sich als überparteilich, gemeinnützig und privat. Bescheiden verlautet sie, ihr Ziel sei es, "eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schlagen". Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Große Worte hat die Atlantik-Brücke nicht nötig.

Eingeweihte wissen, daß es sich um einen der exklusivsten und einflußreichsten Vereine in Deutschland handelt. Die Atlantik-Brücke zählt rund 500 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien. Zutritt erhält man nicht durch Bewerbung, sondern durch Empfehlung. Die Atlantik-Brücke gibt sich im Unterschied zu den Bilderbergern (JF 25/12) transparent, doch ihre Wirkung erzielt auch sie vor allem durch diskretes und informelles Handeln.



### **Bündelung proamerikanischer Kräfte**

Gegründet wurde sie 1952 in Hamburg. Die Idee, die proamerikanischen Kräfte in der Atlantik-Brücke zu bündeln, zu koordinieren und mit den amerikanischen Eliten zu vernetzen, stammte vom Bankier Eric M. Warburg. Unterstützung fand er beim amerikanischen Hochkommissar John McCloy. Zu den Gründungsmitgliedern zählten die Zeit-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt. Gleichzeitig wurde als amerikanische Komplementär-Organisation der American Council on Germany ins Leben gerufen. Dessen bekanntestes Mitglied ist Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Die Atlantik-Brücke betätigt sich als Forum, Netzwerk und Denkfabrik. Sie organisiert Tagungen, Austauschprogramme, Vorträge und Hintergrundgespräche. Bundespräsident Joachim Gauck gehört dazu, auf der Liste stehen Führungskräfte aus Banken und Konzernen, Spitzenpolitiker der maßgeblichen Parteien und bekannte Medienvertreter: der Fabrikant Arend Oetker, der Unternehmensberater Roland Berger, der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, ZDF-Moderator Theo Koll, Zeit-Herausgeber Josef Joffe und der Zeit-Journalist Matthias Naß, der auch bei den Bilderbergern mitmischte.

Zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag treffen sich hier, so der Vorsitzende Ruprecht Polenz und Philipp Mißfelder (beide CDU). Polenz tritt vehement für eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein, was den Wünschen der Vereinigten Staaten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß er sich im September 2011 im Magnus-Haus mit türkischen und amerikanischen Politikern zu einem "Arbeitsfrühstück" traf.

### **Özdemirs Stipendium**

Neben natürlichen Personen sind auch Institutionen und Unternehmen vertreten, etwa der Daimler-Konzern, die Deutsche Bank, Goldman Sachs, und der American Jewish Congress. Die Atlantik-Brücke ist eng verbunden mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (die als eine Kopie des amerikanischen Originals gegründet wurde), mit der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft oder mit der Stiftung Wissenschaft und Politik. Besondere Bedeutung haben die "Young Leaders-Programme", die Nachwuchskräfte in die transatlantischen Netzwerke einbinden. Zu den "Young Leaders" zählen Altpräsident Christian Wulff, Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Bild-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Chef Cem Özdemir.

Natürlich ist nicht jedes Mitglied der Atlantik-Brücke ein proamerikanischer Lobbyist. Der Vorsitzende Friedrich Merz etwa widerspricht vehement der amerikanischen Forderung nach Ausgabensteigerungen im Bundeshaushalt. Aber je mehr ein Politiker seine Karriere dem transatlantischen Netzwerk verdankt, um so mehr hängt sein soziales Prestige davon ab und ist er diesem verpflichtet. Özdemir verzichtete 2002 auf sein Bundestagsmandat, nachdem er wegen einer Bonusmeilen-Affäre in die Schlagzeilen geraten war.

Er nutzte die Auszeit für ein Stipendiat in den Vereinigten Staaten, und machte sich mit dem amerikanischen Politikbetrieb vertraut. Unter anderem hatte er Kontakt zum "Project for the New American Century", einer neokonservativen Denkfabrik, die für die weltweite Dominanz der Vereinigten Staaten wirkt. Nach seiner Rückkehr zog er ins Europaparlament ein, wo er Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Heute befürwortet Özdemir lautstark eine europäische Banken- und Schuldenunion, die auch von der Regierung in Washington angemahnt wird. Für den EU-Beitritt der Türkei ist er ohnehin.

### **Die offizielle Gewaltenteilung wird degradiert**

Solche informellen Verbindungen und Entscheidungsstränge degradieren die offizielle Gewaltenteilung und die parteipolitischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik weitgehend zur Theaterkulisse. Auch der CDU-Politiker Eckart von Klæden und sein Bruder Dietrich gehören der Atlantik-Brücke an. Bis 2009 war Eckart außenpolitischer Sprecher seiner Partei, heu-

te ist er Staatsminister im Kanzleramt. FDP-Mitglied Dietrich von Klaeden ist beim Springer-Konzern für die Kontakte zu Regierung und Parlament zuständig.

Wer politische Entscheidungen und Entwicklungen, Debattenverläufe und Pressekampagnen verstehen will, muß derartige Strukturen stets mitdenken.<<

**14.07.2012**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 2012 (x887/...): >>Energiewende schöngeredet**

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.

Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.

Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxydausstoß bis 2020 im Blick. Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.

Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit "würden die Investitio-

nen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt", so die Empfehlung. Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß deren Bilanz beim Kohlendioxyd kaum geringer ausfällt.

Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuester Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.

Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffausstoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: "Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler."

Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.<<

**18.08.2012**

**BRD:** Josef Kraus (Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands und Leiter eines Gymnasiums bei Landshut) schreibt in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" vom 18. August 2012 (x887/...): >>"Zukunft ist Herkunft" - Stärkt endlich den Geschichtsunterricht Zukunft ist Herkunft", hat Martin Heidegger einmal gesagt. Auf Erziehung und Bildung gewendet heißt das: Eine Erziehung und Bildung ohne Tradition und ohne historisch-narrative beziehungsweise biografisch-narrative Elemente, eine Bildung und Erziehung der bloßen Daseinsgefräßigkeit, gar eine Schulbildung ohne grundsoliden Geschichtsunterricht wären eine Verweigerung von Zukunft und eine Verweigerung von Orientierung. Orientierung erwächst schließlich in erster Linie aus der Teilhabe am kulturellen Gedächtnis.

Das ist der Grund, warum totalitäre Systeme über bestimmte Epochen der Geschichte gerne den Mantel des Vergessens auszubreiten und zur Proklamation einer ewigen Gegenwart neigen. Denn ein Erinnern ist die Chance des Widerstands und der befreienden Kraft gegen Indoktrination.

Der unbehauste und historisch entwurzelte Mensch aber wird die Beliebigkeit und Oberflächlichkeit des "global village" nur dann aushalten, wenn er Geborgenheit in Kultur, Geschichte, Tradition und Sprache findet. Und er wird nur dann seine Froschperspektive überwinden, wenn er beherzigt, was der Frühscholastiker Bernhard von Chartres (um 1120) meinte:

"Im Bewußtsein unseres begrenzten Erkenntnisvermögens sind wir alle Zwerge, aber auf den Schultern von Riesen können die Zwerge weit schauen."

Mit anderen Worten: Nur dann sind wir auch ideell und ideengeschichtlich mündig.

In einer Zeit aber, in der die Politik meint, von Vision zu Vision eilen zu müssen, ist Geschichte unbequem, weil sie - ohne Klitterung betrieben - Skepsis gegen Utopien zu vermitteln vermag. Gerade deswegen hat der Archivar Winston Smith in George Orwells "1984"er Wahrheitsministerium ("Miniwahr") die Aufgabe, Geschichte ständig umzuschreiben, damit sie sich den jeweils aktuellen politischen Wünschen fügt. Geschichtspolitik nennt man so etwas.

Geschichtspolitik wirkt sich aber auch in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten etwa auf die Schulpolitik aus. Welche Bildungsschwerpunkte hier gesetzt werden beziehungsweise welche Themen ganz unter den Tisch fallen, ob es überhaupt ein eigenes Fach Geschichte oder dieses nur integriert in Gemeinschaftskunde gibt, das ist alles eine Frage der Geschichts-

politik.

Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis solcher Geschichtspolitik ist auch im Deutschland des Jahres 2012 ein historischer Analphabetismus unter Jung und Alt. An diesem Analphabetismus wird sich zukünftig nichts ändern, denn ganze historische Epochen wurden curricular entsorgt. Statt dessen ist exemplarisches Wissen angesagt. Aber heißt das: Ein Weltkrieg statt zwei, eine Revolution exemplarisch für fünf? Zwei Revolutionen würden reichen, meinen sogar gewisse Lehrervertreter, um im gleichen Atemzug zu monieren, daß es doch keine fünf sein sollten. Welche der Revolutionen aber lassen wir dann weg? 1789, 1848, 1917, 1918/1919, 1989?

Völlig unterbelichtet ist zum Beispiel die Repräsentanz der Geschichte Mittelost- und Osteuropas in den Lehrplänen der deutschen Länder: die Ostsiedlung im 12./14./17. Jahrhundert; die Geschichte mittel- und osteuropäischer Staaten, zum Beispiel Polens; die Vertreibung nach 1945; die Situation deutscher Volksgruppen und die Integration von Aussiedlern in Deutschland.

All diese Themen sind in den insgesamt rund 300 Geschichtslehrplänen aller 16 Länder, aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen in insgesamt defizitärer Weise repräsentiert. Zahlreiche ostgeschichtlich relevante Begriffe kommen gar nicht vor: Baltikum, Donauschwaben, Königsberg, Pommern, Böhmen.

Jörg-Dieter Gauger, lange Jahre führender Bildungsexperte der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat dazu 2001 und 2008 umfassende Studien vorgestellt. Kein Wunder, daß unsere jungen Leute gerade auch "ostkundliche Analphabeten" sind, wie Gauger 2011 bei der Tagung "Polen im deutschen Schulunterricht - Zwischen Wunsch und Realität" des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung feststellte!

Curriculare tabula rasa ist etwa auch die Geschichte Brandenburg-Preußens. Napoleons geringschätzende Bemerkung von 1806, Preußen sei "nur eine Episode", findet in deutschen Lehrplänen ihre Bestätigung. Der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht, die Rolle des größten Territorialstaates im Reich ("von Aachen bis Königsberg"), Preußens aufgeklärter Absolutismus, die Reformen nach 1806/07, der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, die Stellung Preußens im Kaiserreich - all diese Themen bleiben auf der Strecke.

Wenn überhaupt, dann bleibt oft nur eine recht eingeschränkte Interpretation eines einzigen Ereignisses übrig: die Zerschlagung des (Frei-)Staates Preußen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 und die förmliche Auflösung Preußens zu Gunsten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt am 24. Juli 1947. Indirekt kommt damit auch die Geschichtsperspektive der sowjetischen und DDR-Geschichtsschreibung zum Tragen, derzufolge "Preußen als Hort des Militarismus und Träger der Reaktion" anzusehen sei.

Noch erschreckender: Gerade eben 20 Jahre nach dem Mauerfall wissen die jungen Leute fast nichts über die DDR. Laut einer Studie des "Forschungsverbundes SED-Staat" der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2007 (Titel "Soziales Paradies oder Stasi-Staat?"; Leiter: Professor Klaus Schroeder) ist das Wissen deutscher Schüler um die Zustände in der DDR höchst defizitär. Zum Beispiel: Mehr als die Hälfte der Schüler kennt das Jahr des Mauerbaus nicht. Nur jeder Dritte weiß, daß die DDR die Mauer gebaut hat.

Ebenfalls jeder dritte Schüler hält Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker, und Erich Honecker ist angeblich demokratisch legitimiert gewesen. So weit ein paar der Ergebnisse der Studie, an der insgesamt 5.000 Schüler im Alter von 16 und 17 Jahren aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern beteiligt waren.

Anfang Juli hat die FU-Forschergruppe eine neue Studie aufgelegt. Sie trägt den Titel "Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen". Auch hier geht es um das zeitgeschichtliche Wissen der jungen Leute. Um es auf den Punkt zu bringen: Dieses "Wissen" er-

wies sich erneut als katastrophal. Befragt hatte man rund 4.600 Jugendliche zu vier Epochen der jüngsten deutschen Geschichte: zum Nationalsozialismus, zur DDR, zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung. Nur ein Drittel der Fragen konnten die Jugendlichen richtig beantworten.

Zum Beispiel ist den allermeisten Schülern nicht präsent, daß die Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 1989 ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat war, ohne dessen Ausstrahlung es "1989/1990" nicht gegeben hätte. Zudem fiel erneut auf, daß es ein erhebliches innerdeutsches Gefälle gibt. Bayerische Schüler schnitten am besten, Schüler aus NRW am schlechtesten ab. Besonders erschreckend: Das höchst defizitäre Wissen schlägt sich auch im Urteilen nieder. Fast die Hälfte der Schüler kann nicht zwischen den Merkmalen von demokratischen und diktatorischen Systemen unterscheiden. Die Autoren der Studie stellen deshalb nicht zu Unrecht die Frage: "Später Sieg der Diktaturen?"

Wenn das nicht endlich Anlaß ist, den Geschichtsunterricht zu stärken - und zwar mit erheblich mehr Unterrichtsstunden und mit konkreten Inhalten!<<